Nachrichten und Tageblatt
für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen. — Beilagen: Sonntags: eine illustrierte. — Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich M., monatlich M. Bei Abholung von der Geschäftsstelle vierteljährlich M., monatlich M. Durch die Post vierteljährlich Mk., monatlich Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum hier Pfg., auswärts Pfg., Reklamezeile 80 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichtinnehaltung der Zahlungsfrist erlischt der Rabatt und tritt der Grundzeilenpreis von bezw. Pfg. in Kraft

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6746 Breslau.

Nummer 233 | Sonntag, den 3. Oktober 1920 | 38. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung hofft, die Zwangsbewirtschaftung des Zuckers zum Oktober 1921 aufheben zu können.

* Der Erzeugerhöchstpreis für Kartoffeln ist endgültig auf 25 Mark festgesetzt worden.

* Mit dem 1. Oktober ist die Herabsetzung der Stärke der Reichswehr auf 150 000 Mann als durchgeführt zu betrachten.

* Nach einem halbamtlichen Bericht befinden sich in Frankreich immer noch 299 deutsche Strafgefangene.

* Nach dem neuen preußischen Wahlgesetzentwurf entfällt auf je 50 000 Stimmen ein Mandat.

* Das neue preußische Wahlgesetz ist vom Staatsministerium angenommen worden, es geht der Landesversammlung in den nächsten Tagen zu.

* Auf dem französischen Gewerkschaftskongreß in Orleans wurde der Anschluß an Moskau mit 789 gegen 691 Stimmen abgelehnt.

* Man glaubt, daß die englischen Bergarbeiter den Ausstand noch einmal auf eine Woche verschieben werden, um eine nochmalige Zusammenkunft mit den Bergwerksbesitzern zu ermöglichen.

* Nach dem polnischen Heeresbericht zieht sich die bolschewistische Armee in völliger Auflösung zurück.

* Der amerikanische Senator Edmond hat beim Hohen Gerichtshof eine Anklage gegen Wilson wegen Amtsmißbrauchs eingereicht.

Sprachenkampf.

Von einem genauen Kenner der Verhältnisse in der Ostmark wird uns geschrieben:

Die Polen sind, weiß Gott, gute Hasser. Wie haben sie in der Vorkriegszeit, unter preußischer Herrschaft, gewettert und getobt, wenn irgendwo in Posen oder Westpreußen ein kleiner Beamter sich einmal an einer polnischen Briefaufschrift verging, wenn in der städtischen Verwaltung die Doppelsprachigkeit nicht nach Gebühr respektiert wurde oder in den Schulen die polnische Muttersprache zu kurz kam. Mit dem Augenblick aber, da sie in unserer Ostmark das Heft in der Hand bekamen, waren die Sprachenfragen in der einfachsten Weise von der Welt gelöst. Es gab eben fortan nur noch eine Sprache im Lande, und das war die polnische. Alle deutschen Straßennamen, alle deutschen Firmenschilder verschwanden, mußten verschwinden und die polnische Amtssprache wurde auch der deutschen Minderheit aufgenötigt, sogar der deutschen Mehrheit in Städten wie Bromberg und Graudenz, wo kaum noch eine deutsche Zeitung mit deutschen Ortsnamen erscheinen darf. Unsere armen Stammesbrüder fügten sich, mußten sich fügen, soweit sie es nicht vorzogen, den Staub eines solchen Daseins von den Füßen zu schütteln. Und daß nur die wenigsten imstande sind, sich mit der polnischen Diktatur abzufinden, die über sie verhängt worden ist, beweisen die immer noch gegen Westen rollenden Auswandererzüge, beweist die ungemeine Entvölkerung unserer ehemals so blühenden Ostmark.

Aber die Polen verlangen mehr, weit mehr. Es genügt ihnen nicht, daß die Zwangspolen, die noch im Lande verblieben sind, auf den Gebrauch der polnischen Sprache im Umgang mit den Behörden angewiesen sind. Sie lehnen es auch ab, mit deutschen Staatsbürgern des Reiches anders als in polnischer Sprache zu verkehren. So wurde schon vor einiger Zeit vorgeschrieben, daß Briefe, die nicht die neuen polonisierten Städtenamen auf ihrer Stirn tragen, als unbestellbar zurückgewiesen werden sollen. Außerdem wurde verlangt, daß darüber hinaus noch ausdrücklich zu vermerken sei, daß sie für Polen bestimmt wären. Darin lag mehr als kleinliche Pedanterie. Man will die Deutschen zwingen schriftlich zu bekennen, daß Posen oder vielmehr Poznan, wie es jetzt vorschriftsmäßig heißt, von Rechts wegen zu Polen gehöre. Die Polen wissen ganz gut, daß diese Überzeugung in Deutschland noch lange nicht so verbreitet ist, wie sie wünschen, daß ein Rechtstitel, der auf so zweifelhaften Gründen ruht, von vielen Deutschen noch lange nicht innerlich respektiert wird, wenn auch die deutsche Regierung gezwungen ist, den Verlust unserer beiden Ostprovinzen nach Unterzeichnung des Friedens von Versailles zu ertragen. Doch scheinen die Polen ihrer Sache noch nicht ganz sicher zu sein. So ist es wohl zu verstehen, daß der Woywode von Posen neuerdings in einem Rundschreiben an der Art, wie deutsche Behörden mit polnischen zu verkehren sich erlauben, sehr ungnädige Kritik ausübt. Diese deutschen Behörden bedienten sich nicht nur der deutschen Sprache, was man schließlich der schnellen Erledigung wegen dulden könne, sondern sie wandten auch in den Adressen alte deutsche Titulaturen an wie Standesamt, Distriktskommissar, Landrat usw. Ebenso alte durch die Deutschen umgetaufte (!) Ortsnamen wie Posen, Bromberg, Adelnau. Das könnte natürlich unter keinen Umständen geduldet werden. Solche Briefe sollten in Zukunft einfach, ohne geöffnet zu werden, mit dem Bemerken zurückgegeben werden, daß der Adressat unbekannt sei. Wonach unzweifelhaft denn auch in der täglichen Praxis bereits verfahren wird.

Einem solchen Hochmut gegenüber hat schließlich selbst die Lammsgeduld preußisch-deutscher Regierungen nicht standgehalten. Dem preußischen Minister des Innern konnte es nicht verborgen bleiben, daß alle Eingaben in deutscher Sprache, auch solche von deutschen Behörden, sofern sie nach Polen gehen, grundsätzlich unbeantwortet blieben, und so ersuchte er nun auch seinerseits, die direkte Beantwortung sämtlicher Schreiben polnischer Behörden unter Berufung auf höhere Weisung abzulehnen. Auch der Handelsminister hat daraufhin einen unmittelbaren Schriftverkehr deutscher Behörden mit polnischen Behörden für unzulässig erklärt, und der Justizminister, der Verkehrsminister usw. werden sich diesem Vorgehen unzweifelhaft anschließen. Das ist gut so. Man darf vielleicht bemerken, daß etwas mehr Geschlossenheit den polnischen Überheblichkeiten gegenüber — um von schlimmeren Dingen in diesem Zusammenhange zu schweigen — schon ungleich früher sehr am Platze gewesen wäre. Denn wenn ein Volk für Entgegenkommen, für Nachgiebigkeit und Duldsamkeit in nationalen Dingen kein Verständnis besitzt, so sind es die Polen. Sie werden, in dieser Weise behandelt, nur immer herausfordernder und unsere armen Landsleute im Osten haben die Zechen zu bezahlen. Die Männer, die in Berlin sitzen, kennen diese Verhältnisse nicht aus eigener Erfahrung, und so sind sie vielleicht duldsamer gewesen, als sie verantworten können. Jetzt fangen sie an, dem polnischen Übermut die kalte Schulter zu zeigen. Wollen mal sehen, ob diese Methode die Herren nicht ungleich rascher zur Besinnung bringt.

Welthandel und freie Wirtschaft.

Brüssel und der internationale Handel.

Ein weiterer Sitzungstag der Finanzkonferenz in Brüssel war der Frage der internationalen Handelsbeziehungen gewidmet.

Der Vizepräsident de Wouters (Belgien) verlas einen ausführlichen Bericht über die Lage des Welthandels. Der Krieg habe neue Handelswege geschaffen. Die Krise sei zwar allgemein, die Nationen hätten aber trotz der wirtschaftlichen Erschütterung noch die Möglichkeiten zum Aufschwung und würden in einigen Jahren eine bisher ungekannte Blüte erleben. Zur Erleichterung des Aufschwungs der Völker müsse ein internationales Zusammenarbeiten organisiert werden.

Die anschließende Aussprache brachte keine wesentlich neuen Gedanken zum Ausdruck. Ein Vertreter Italiens betonte das Recht aller Staaten auf Rohstoffe. Ein spanischer Delegierter sprach sich für die Erleichterung der Paß- und sonstigen Grenzvorschriften aus. Bemerkenswert ist noch, daß der japanische Vertreter bemüht war, die von dem belgischen Handelsminister gekennzeichnete günstige Wirtschaftsverfassung seines Landes abzuschwächen. Auch für die Frage des internationalen Handels wurde eine besondere Kommission gebildet, welche über alle Einzelheiten noch zu beraten hat; ihr gehört von deutscher Seite Bankdirektor Urbig an.

Frankreichs Finanznöte.

Der in Brüssel erstattete Bericht über Frankreichs Lage betont, daß die Staatsausgaben vom 1. August 1914 bis zum 11. November 1918 200 Milliarden Frank betragen haben. Davon wurden 32 Milliarden durch Steuern gedeckt, 54 Milliarden durch konsolidierte innere Anleihen, 32 Milliarden durch ausländische Anleihen und 50 Milliarden durch Anleihen auf kurzfristige Vorschüsse der Banque de France und von Algier. Alles mögliche wurde getan, um das Budget abzuschließen. Das glückte jedoch erst im Juli 1920. Da betrugen die normalen Ausgaben 22 Milliarden, wovon 12 Milliarden für Zinsenzahlungen auf die Schulden anzusehen waren. Das Gleichgewicht wurde durch neue Steuern erzielt, die 8 Milliarden aufbringen sollten. Das sind 754 Frank für den Kopf der Bevölkerung gegenüber 129 Frank 1913. Die Steuern auf die großen Vermögen stiegen auf 370 %. Für die verwüsteten Gebiete sind 70 Milliarden ausgegeben. 77 % der vernichteten Industrie sind wiederhergestellt oder teilweise dem Betrieb zurückgegeben. 42 % der Arbeiter von vor dem Kriege sind wieder tätig. Die Staatsschuld beträgt 236 Milliarden, davon 124 in konsolidierten, 84 Milliarden in kurzfristigen Anleihen, 21 Milliarden in schwebender Schuld.

Die Kohlenkatastrophe.

Einschränkungen, Stillegungen, Ruin.

Über die Wirkungen des Abkommens von Spa auf die Kohlenbelieferung Deutschlands und damit auf unser gesamtes Wirtschaftsleben machte der Reichskohlenkommissar der Presse genaue Mitteilungen, aus denen klar hervorgeht, daß wir im wachsenden Tempo dem Ruin entgegensteuern. Die Belieferungszahlen der deutschen Industrie zeigen deutlich, daß man zwar bemüht war, für ausfallende Steinkohle gleiche Gewichtsmengen anderen Brennmaterials zu liefern. Der Heizwert der Neubelieferung ist aber derart gering, daß eine dauernde starke Lücke der Produktionsmöglichkeit die notwendige Folge davon ist. So wurden anstatt 844 000 Tonnen Steinkohlen und 98 000 Tonnen Koks 284 000 Tonnen Rohbraunkohle und 21 000 Tonnen Briketts der Industrie zur Verfügung gestellt. Allein in Westfalen betrug das absolute Minus in der Belieferung während des Monats August 824 000 Tonnen Steinkohle und 49 000 Tonnen Koks gegenüber den Julilieferungen. Der Ausfall bei der Reichseisenbahn betrug im August 318 000 Tonnen gegenüber dem Vormonat. Die Eisenbahn verfügt zurzeit über etwa 26 Tage Dienstkohle. An Hausbrandkohle endlich wurden im August 75 000 Tonnen Steinkohle und 89 000 Tonnen Briketts weniger geliefert als im Juli.

Die Minderbelieferung.

Die Minderbelieferung der deutschen Wirtschaft im August 1920 gegenüber Juli 1920 (Koks auf Kohle umgerechnet) verteilt sich wie folgt:

Reine Industrie	rund 312 300	Tonnen,
Eltwerke	„ 43 600	„
Gaswerke	„ 107 400	„
nichtstaatliche Bahnen	„ 2600	„
Staatseisenbahnen	„ 318 100	„
Hausbrand (geschätzt)	„ 100 000	„

Das macht zusammen 884 000 Tonnen in einem Monat.

Zusammenbruch von Schiffahrt und Eisenindustrie.

Sehr schlimm geht es der Binnen- und Seeschiffahrt. Zahlreiche Fischdampfer liegen still. Die Amerikafahrer erhalten nur die Hälfte der nötigen Kohlen. Am schwersten wird aber die Eisenindustrie, das Rückgrat unserer Industrie, getroffen. Damit entfällt aber die Möglichkeit, die Erzeugung von Eisen und Stahl zu heben, was unbedingt nötig ist, wenn der Inlandsbedarf ausreichend gedeckt werden soll. Die Roheisenerzeugung ist von 19,31 Millionen Tonnen vor dem Kriege auf 6,2 Millionen Tonnen gesunken. Hält man demgegenüber die Belieferung, die ihr im August hat zuteil werden können, so ergibt sich ein recht trübes Bild für die Zukunft. Während die Walzwerke, Preßwerke, Hammerwerke usw. sich noch mit minderwertigen Brennstoffen als Kesselkohlen, zum Teil wohl auch mit Rohbraunkohlen behelfen konnten, hat der Ausfall an hochwertigen Steinkohlen bei den Stahlwerken zu weitgehenden Betriebseinschränkungen geführt. Der Ausfall selbst beträgt 12 bis 15 %. Wenn man berücksichtigt, daß die Stahlwerke auch im Mai nur ihr Existenzminimum erhielten, so ist zu verstehen, daß eine Einschränkung von 12 bis 15 % zur Einstellung einzelner Abteilungen der Betriebe führte, und daß man (nach Zeitungsberichten) bereits Vorbereitungen zu weiteren Maßnahmen — Ausblasen weiterer Hochöfen, Stillegungen ganzer Stahlwerke mit entsprechenden Arbeiterentlassungen — trifft, da sich der Ausfall hochwertiger Steinkohle in keiner Weise ersetzen läßt. Trifft dieser Fall ein, ist der Zusammenbruch des gesamten Wirtschaftslebens besiegelt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Deutschland und der Völkerbund.** Auf der Tagung der Deutschen Friedensgesellschaft in Braunschweig hielt Legationsrat v. Prittwitz-Berlin als Vertreter des Auswärtigen Amtes eine Rede, in der er u. a. sagte: „Die deutsche Regierung hat bis jetzt keine amtliche Kenntnis von irgendwelchen Schritten erhalten, nach denen Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden soll. Die Regierung muß aber damit rechnen, daß sie über kurz oder lang in dieser Angelegenheit vor die Entscheidung gestellt wird. Für Deutschland liegt keine Veranlassung vor, sich zur Aufnahme in den jetzigen Völkerbund zu drängen, so lange in der Nähe unserer Grenzen noch Krieg geführt wird. Wenn die Zeit gekommen ist, wo Deutschland in den Völkerbund eintritt, wird es von dem mangelhaft organisierten Völkerbund eine Reform des Völkerbundes verlangen. Bis jetzt hat Deutschland mit seinen Berufungen an den Völkerbund, z. B. in der Frage Eupen-Malmedy, trübe Erfahrungen gemacht."

✚ **Einstellung von Hochverratsverfahren vor dem Reichsgericht.** Das Verfahren wegen Hochverrats gegen den Konteradmiral a. D. v. Levetzow, den früheren Leiter der Kieler Sicherheitspolizei Major a. D. v. Winterfeldt, Bürgermeister a. D. Lindemann (Kiel), Landrat a. D. Freiherr Loew von und zu Steinfurth in Hadersleben und gegen den früheren Regierungspräsidenten v. Paulí (Schleswig) vor dem Reichsgericht ist eingestellt. Die angeordnete Vermögensbeschlagnahme ist aufgehoben. In der Begründung heißt es, daß nach den angestellten Ermittlungen die Angeschuldigten weder Urheber noch Führer eines Hochverratsunternehmens im Sinne des § 1 Absatz 2 des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom 1. August 1920 gewesen sind. Dem Antrage des Angeschuldigten v. Winterfeldt auf Wiederaufnahme des Verfahrens konnte nach Ansicht des Senats nicht stattgegeben werden.

✚ **Die Entente und Oberschlesien.** Die Botschafterkonferenz in Paris befaßte sich außer mit der Stellung des Generals Le Rond und seiner Mission in Oberschlesien auch mit einem von nichtfranzösischer Seite ausgegangenen Vorschlag, Oberschlesien in drei interalliierte Verwaltungsbezirke einzuteilen, von denen Frankreich, England und Italien je einen erhalten soll. Dieser Vorschlag wurde aber nach eingehender Erörterung abgelehnt. Außer unbedeutenden Personalveränderungen in der Kommission in Oppeln wird ihre Zusammensetzung die gleiche bleiben. Es heißt, daß der Chef des Departements des Äußern ersetzt werden soll. General Le Rond kehrt nach Oppeln zurück.

✚ **Abwanderung der Polen aus dem Rheinlande.** Von der großen Anzahl der im rheinisch-westfälischen Industriegebiet tätig gewesenen Polen sind im Frühjahr

1920 ein großer Teil abgewandert. In den letzten Monaten sollen 90 000 Polen in ihre Heimat zurückgekehrt sein. Eine kleine Anzahl ist nach Frankreich abgewandert. Ein großer Teil der ehemals im Ruhrgebiet arbeitenden Polen hat jedoch den Wunsch zu erkennen gegeben, zurückkehren zu wollen.

✚ **Die Vorarbeiten für die neuen preußischen Steuergesetze** sind soweit abgeschlossen, daß in nächster Zeit mit der Aufstellung eines Entwurfes begonnen wird, der dem Parlament voraussichtlich in drei Wochen zugehen wird. Der Reichsfinanzminister wird dem Reichstage bei seinem Zusammentritt Mitte Oktober eine umfangreiche Denkschrift über die neugeplanten Steuern im Reiche vorlegen und vom Reichstage die Ermächtigung erbitten, die Fristen für das Reichsnotopfer abkürzen zu können.

✚ **Kongreß der christlichen Gewerkschaften.** Der Verband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der rund 1½ Millionen Mitglieder umfaßt (mit den eng verbündeten Organisationen der Angestellten, Beamten und Staatsbediensteten sind es 2½ Millionen Mitglieder), macht soeben bekannt, daß der zehnte Kongreß der christlichen Gewerkschaften für die Zeit vom 21. bis 24. November nach Essen einberufen wird.

✚ **Professor Förster — Kandidat für die Reichspräsidentenwahl.** Auf dem Deutschen Pazifistenkongreß in Braunschweig wurde ein Antrag mit großer Mehrheit angenommen, der den Professor Friedrich Wilhelm Förster als Kandidaten für die Wahl des Reichspräsidenten empfiehlt.

Australien.

× **Enteignung des Großgrundbesitzes.** Die australische Regierung wird einen Gesetzentwurf einbringen, wonach man den Großgrundbesitzern allen Grund und Boden über einen Gesamtwert von 20 000 Pfund Sterling enteignen will. Die auf diese Weise gewonnenen Ländereien sollen unter leichten Bedingungen zurückgekehrten Soldaten zur Bearbeitung gegeben werden.

Amerika.

× **Anklageantrag gegen Wilson.** Ein republikanischer Abgeordneter hat jetzt seine Drahung wahrgemacht und beim Obersten Bundesgericht den Antrag gestellt, Präsident Wilson wegen „Sabotage des Jones-Gesetzes" in den Anklagezustand zu versetzen. Seit dem Jahre 1868 ist dies der erste Antrag dieser Art. (Im Jahre 1868 wurde Präsident Andrew Johnson, der mit dem Kongreß wegen der Entlassung des Kriegsministers Stanton in Streit geraten war, in Anklagezustand versetzt. Das Verfahren dauerte zwei Monate und endete, weil die vorgeschriebene Zweidrittel-Mehrheit für eine Verurteilung nicht zustande kam, mit der Freisprechung Johnsons.) Wilson bereitet eine Botschaft an den Kongreß vor, die seine Haltung rechtfertigen soll.

Preußische Landesversammlung.

(162. Sitzung.) tt. Berlin, 1. Oktober.

Das Haus erledigte zunächst kleine Anfragen. Eine Anfrage des Abg. Richert (Deutschnatl.) über den Erlaß des Kultusministers gegen die Beteiligung wahlunmündiger Schüler an den parteipolitischen Vereinigungen und deren Veranstaltungen beantwortet die Regierung dahin, daß parteipolitische Bestrebungen aus der Schule fernbleiben sollten und Jugendliche, die der Schule angehörten, sich der Schulordnung zu fügen hätten. Durch das Hereintragen parteipolitischer Bestrebungen in die Schule würde deren eigentlicher Zweck stark gefährdet. — Entschädigungen für die in vielen Bezirken verheerend auftretende Maul- und Klauenseuche — Anfrage des Abg. Hauschild (Soz.) — können den Tierhaltern aus Mitteln der Provinzialverwaltungen gezahlt werden. — Abg. Oelze (Deutschnatl.) begründet darauf einen Antrag, daß die Staatsregierung bei den zuständigen Verkehrsverwaltungen darauf hinwirken soll, daß für die durch Ministerialerlaß angeordneten gemeinsamen Schülerausflüge freie Fahrt oder eine Beförderung zu den Sätzen des Militärtarifs gewährt wird.

Der Antrag geht an den Hauptausschuß.

Ein gemeinsamer Antrag aller Parteien verlangt, daß die staatlichen Bäder den Sozialversicherten und der minder bemittelten Bevölkerung sowie dem Mittelstand zur Verfügung gestellt und auch die zahlreichen Bäder im Privatbesitz den sozialen Gedanken dienstbar gemacht werden. Der Antrag wurde nach kurzer Begründung durch den Abg. Dallmer (Deutschnatl.) einstimmig angenommen. Einen Zentrumsantrag um Bereitstellung umfangreicher staatlicher Bauarbeiter zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit begründet Abg. Altegeld (Ztr.). Die Abgg. Mentzel (Deutschnatl.) und Ommer (Dem.) unterstützen den Antrag.

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 2 Oktober.

Die neueste Heeresverminderung.

Berlin. Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, sind auf Grund des Spa-Abkommens bis 1. Oktober 50 000 Mann von der Reichswehr entlassen worden. Durch die Auflösung aller Truppenabwicklungsstellen ist die Zahl der Abwicklungsbeamten auf 12 000 gegen rund 100 000 am 1. Oktober 1919 gesunken.

Neue deutsche Marinestandorte.

Berlin. Die Entwertung der Kieler Föhrde als Kriegshafen, infolge Schleifung der Festungswerke und die durch die Kohlenknappheit bedingte wirtschaftliche Notwendigkeit, die Minensucherverbände in der Nähe ihres Tätigkeitsgebiets zu stationieren, hat dazu geführt, einen Teil der Seestreitkräfte der Ostsee Swinemünde als Hauptstützpunkt zuzuweisen. Die Schiffsstanddivision, die die Besatzungen der noch in Dienst zu stellenden Schiffe in sich vereinigt, soll Stralsund als Standort erhalten. Die beiden Seefestungen Swinemünde und Pillau werden von der Marine besetzt. In Kiel bleiben die wichtigsten Marinebehörden, die bisher dort ihren Sitz hatten, ferner eine Küstenwehrabteilung und ein Teil der Seestreitkräfte.

Folgen der Teuerung.

München. In einer Sitzung des Kommunalverbandsausschusses teilte Professor Dr. Fischler vom Lebensmittelamt mit, der Krankenstand in München habe gegenwärtig eine Höhe wie nie zuvor. Der Grund liege darin, daß große Kreise der Bevölkerung infolge der zunehmenden Teuerung die zum Lebensunterhalt erforderlichen Lebensmittel nicht mehr kaufen können.

Internationale Viehseuchenbekämpfung.

Paris. Die von dem französischen Landwirtschaftsminister geplante internationale Konferenz zur Bekämpfung der Viehseuchen wird im Dezember in Paris zusammentreten. Es ist geplant, ein ständiges Bureau zu errichten, das alles sammelt, was auf die Bekämpfung der Viehseuchen Bezug hat.

Rückgabe deutschen Eigentums in Italien.

Rom. Die Regierung beschloß, das kleine deutsche Eigentum bis zu 50 000 Lire jetzigen Wertes herauszugeben. In Betracht kommen Barsummen, Handwerkszeug und kleine Immobilien. Die Maßnahme soll sozialen Charakter haben. Die Behandlung des größeren Eigentums ist noch nicht geklärt. Die Verhandlungen darüber schweben noch.

Verschiedene Meldungen.

London. Der Führer der Bergarbeiter in der Grafschaft Cumberland erklärte in einer Bergarbeiterversammlung, der Kohlenvorrat, über den die Regierung verfüge, werde im Falle eines Ausstandes erst nach drei Monaten aufgebraucht sein.

London. Im Hafen von Galveston ist ein Brand ausgebrochen. Der Schaden wird auf zwei Millionen Dollars geschätzt. Das Feuer zerstörte Baumwolle und beschädigte mehrere Dampfer.

— **London.** Die nach Edinburgh zurückgekehrte Spitzbergenexpedition hat einen sehr günstigen Bericht über die Ergebnisse ihrer Untersuchungen veröffentlicht. Die entdeckten Kohlenfelder seien von ausgezeichneter Beschaffenheit.

Rom. Am 23. d. Mts. kommen 150 deutsche Pilger unter Führung des Erzbischofs Schulte von Köln in Rom an.

Bukarest. Die ukrainische Armee unter Petljura habe Kiew und Zsitomir besetzt.

Teheran. Die Bolschewisten scheinen das persische Abenteuer aufgeben zu wollen, denn sie beginnen das Land zu räumen.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 3. und 4. Oktober.

Sonnenaufgang 6^{05} (6^{07}) ‖ Mondaufgang 9^{01} N. (10^{06} N.)
Sonnenuntergang 5^{32} (5^{29}) ‖ Mondunterg. 12^{14} N. (1^{09} N.)

3. Oktober. 1866 Friede zu Wien zwischen Österreich und Italien. — 1910 Vertreibung des Königs Manuel II. von Portugal und Ausrufung der Republik. — 1916 Krebsforscher Vinzenz von Czerny gest.

4. Oktober. 1669 Maler Rembrandt gest. — 1830 Belgien erklärt sich unabhängig. — 1865 Dichter Fritz Lienhard geb. — 1918 Friedensangebot der Mittelmächte an Wilson.

□ **Erneuerung der Versicherungskarten zur Angestelltenversicherung.** Nach § 195 Abs. 1 des Versicherungsgesetzes für Angestellte müssen die Versicherungskarten fünf Jahre nach dem Tage der Ausstellung durch neue ersetzt werden. Durch die lange Dauer des Krieges ist in sehr vielen Fällen diese Erneuerung unterblieben. Um nun die in Betracht kommenden Angestellten vor Nachteilen zu bewahren, ist es dringend erforderlich, daß sowohl die sich im Besitz der Angestellten als auch die sich bei den Behörden, Firmen usw. befindenden Karten daraufhin geprüft werden, ob sie zu erneuern sind. Es wird darauf hingewiesen, daß die Karten ohne Rücksicht darauf, daß noch Platz in ihnen ist, umgetauscht werden müssen, wenn das Ausstellungsdatum länger als fünf Jahre zurückliegt. Zu jeder neuen Versicherungskarte gehört auch eine neue Aufnahmekarte, die beide vom Inhaber auszufüllen sind. Die abgelaufene Karte ist mit vorzulegen. Die nötigen Vordrucke werden in den zuständigen Ausgabestellen ausgegeben.

Warmbrunn.

* **Eine herrliche Reise in das Riesengebirge** steht uns diese Woche im Welt-Panorama Warmbrunn bevor. Die Wanderung zieht sich der deutsch-österreichischen Grenze entlang bis nach Adersbach und Weckelsdorf, wo es u. a. auch das großartige Steingebilde zeigt. Niemand versäume die sehenswerte Tour im Welt-Panorama anzusehen. Siehe Inserat.

Herischdorf.

* **Bürgerverein Herischdorf.** Der Vorstand des Bürgervereins Herischdorf wird die Vereinsmitglieder während des kommenden Winterhalbjahres nicht nur zu regelmäßigen Sitzungen, sondern auch zu einer Reihe von Vortragsabenden einladen. In den Sitzungen sollen neben den kommunalpolitischen Erörterungen auch alle schwerwiegenden wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart besprochen werden, und gerade dafür werden uns eine größeru Anzahl Redner zu Gebote stehen. Außer diesen Veranstaltungen wird monatlich ein Volksunterhaltungsabends geboten werden. Wie im Vorjahre sollen dabei den Vereinsmitgliedern Vorträge aus allen Gebieten der Kunst und des Wissens dargeboten werden. Film- und Lichtbildervorträge, Rezitationen und wissenschaftliche Darlegungen, gesellige Veranstaltungen und auch eine Märchenvorführung werden hoffentlich ein dankbares Interesse finden. Mit Anfang Oktober wird auch die Volksbücherei wieder eröffnet werden. Eine kleine Erweiterung der Bücherei und der Umtausch der Wanderbibliothek ist geschehen. Wenn im vergangenen Winterhalbjahre aus unserer kleinen Bücherei schon 1138 Bände entliehen worden sind, so ist wohl zu erwarten, daß die Freude an einem guten Buche immer mehr geschätzt und das Lesebedürfnis immer größer werden wird. Zum Schlusse sei noch erwähnt, daß die Volksunterhaltungsabende und die Volksbücherei nicht nur für die Mitglieder des Bürgervereins sondern für die gesamte Bewohnerschaft unseres Ortes geschaffen sein sollen.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, 100 schweizerische belgische und französische Frank 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief" = angeboten; „Geld" = gesucht.)

Börsenplätze	1. 10. Geld	1. 10. Brief	30. 9. Geld	30. 9. Brief	Stand 1. 8. 1
Holland . . Gulden	1913,05	1916,95	1938,05	1941,95	170 Mi
Dänemark . . Kronen	866,60	868,40	878,10	879,90	112 „
Schweden . . Kronen	1218,75	1221,25	1233,75	1236,25	112 „
Norwegen . . Kronen	879,10	880,90	884,10	885,90	112 „
Schweiz . . Frank	—	—	994,—	996,—	72 „
Amerika . . Dollar	61,55½	61,69½	61,18	61,32	4,40 „
England . . Pfund	213,80	214,—	216,75	214,25	20,20 „
Frankreich . . Frank	—	—	414,55	415,45	80 „
Belgien . . Frank	432,05	432,95	437,05	437,95	80 „
Italien . . . Lire	254,70	255,30	257,20	257,80	89 „
Öst.-Österreich . Kronen	25,34½	25,40½	26,22	26,28	85 „
Ungarn . . . Kronen	19,48	19,52	19,78	19,82	85 „
Tschechien . . Kronen	81,52½	81,72½	81,40	81,60	85 „

Berliner Produktenverkehr am 1. Oktober. Nicht amtlich sind folgende Preise in Berlin ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Speiseerbsen, Viktoriaerbsen 260—285 Mark, kleine gelbe und grüne 210—230 Mark, Futtererbsen 160—175 Mark, Peluschken 150—165 Mark, Ackerbohnen 160—175 Mark, Wicken 130—150 Mark, Lupinen 70—80 Mark, Raps 435—440 Mark, Rübsen etwa 5—10 Mark darunter, Leinsaat 380—390 Mark, Mohn 460—530 Mark, Dotter ——,— Mark, Senfsaat 180—200 Mark, Hirse inländische 180—170 Mark, Trockenschnitzel 78—81 Mark, Torfmelasse 65—67 Mark, Häckselmelasse —,— Mark, Haferhalmmelasse —— Mark, Wiesenheu, lose 27—29 Mark, Kleeheu 36—37 Mark, Stroh, drahtgepreßt 20—22,— Mark, gebündelt 17,— bis 19,— Mark, Mais loko Hamburg-Bremen 186 Mark, Oktober 180—182 Mark, November-Dezember 176—178 Mark, Serradella alte 80 bis 90 Mark, neue 100—110 Mark.

✱ **Vorläufig keine Erhöhung des Eisenbahntarifs.** Eine Erhöhung des Personentarifs bei den Eisenbahnern ist wie von zuständiger Seite erklärt wird, vorerst nicht geplant. Über den Zeitpunkt einer etwaigen Durchführung des Zweiklassensystems lassen sich zurzeit keinerlei Angaben machen.

✱ **Neue Zuckerverordnung.** Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages und der Reichsrat haben eine neue Zuckerverordnung genehmigt, die sofort in Kraft tritt. Danach kostet das Pfund Zucker im Kleinhandel etwa 3,60 Mark. Im übrigen strebt die Regierung die völlige Freigabe der Zuckerwirtschaft möglichst zum Oktober 1921 an.

✱ **Kohlenüberfluß in Frankreich!** Der Pariser Gemeinderat beschloß, die Kohlenration mit dem Monat Oktober auf 50 Kilogramm für die Person zu verdoppeln und gleichzeitig den Preis zu erniedrigen, da Kohle „sehr im Überfluß aus Deutschland eingeführt werde". Das sind die für uns niederschmetternden Folgen des Abkommens von Spa. Die Deutschen werden im kommenden Winter frieren, und die Franzosen ersticken fast in dem Kohlenreichtum, zu denen wir ihnen haben verhelfen müssen.

✱ **Überstundenverweigerung im sächsischen Bergbau.** In Dresden fand zwischen Vertretern des Reiches und der sächsischen Regierung mit den Bergarbeitern des sächsischen Steinkohlengebietes eine Konferenz statt. Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums erklärte u. a., daß im Ruhrgebiet die Förderung von 246 000 Tonnen täglich im Juni 1919 auf 342 000 Tonnen im September 1920 gestiegen sei, also um 100 000 Tonnen täglich. Der Vertreter des sächsischen Landeskohlenamtes betonte, er habe einem Betriebe mehr Kohlen zuweisen können, worauf 500 Arbeitslose eingestellt wurden. Ein anderer Regierungsvertreter wies darauf hin, daß die Textilindustrie in der sächsischen Oberlausitz mit Aufträgen reichlich versehen sei, aber wegen Kohlenmangels keine Arbeitslosen einstellen könne. Trotz alledem lehnten aber die Betriebsräte die Wiedereinführung einer Überstunde im sächsischen Bergbau ab.

✱ **Eine Million Zentner Kartoffeln für 19 Mark den Zentner.** Die von der Arbeitsgemeinschaft Mecklenburg-Land nach Güstrow eingeladenen und in großer Zahl erschienenen mecklenburgischen Landwirte erklärten sich einstimmig bereit, um die wirtschaftliche Notlage ihrer Volksgenossen in den mecklenburgischen Gemeinden nach Kräften zu lindern, diesen eine Million Zentner Kartoffeln zum Preise von je 19 Mark zur Verfügung stellen zu wollen.

Aus dem Gerichtssaal

§ **2½ Jahre Zuchthaus für einen Spion.** Der Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den Former Franz Studzinski, ehemaligen deutschen Kriegsteilnehmer und jetzigen Bürger der polnischen Republik, wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse zu 2½ Jahren Zuchthaus und fünfjährigem Ehrverlust. Studzinski hatte sich im November 1919 in Posen von einem polnischen Offizier bestimmen lassen, nach Deutschland zu reisen und Art, Zahl und Stellung der deutschen Truppen an der Grenze auszukundschaften.

§ **Margot, das Lebemädchen.** „Tief blicken" ließ ein Prozeß, der vor einem Berliner Schöffengericht zur Verhandlung kam. Angeklagt war ein Kellner aus einer sogenannten Luxusbar, der einen ihm als Pfand übergebenen Pelz widerrechtlich verkauft haben soll. Der kostbare Pelz aber gehörte der erst 18jährigen Margot J., dem Töchterlein eines Pfandleihers, das häufig bis 5 Uhr morgens in der Bar saß, jede Nacht über 50 Zigaretten rauchte und in wenigen Tagen mit einem jugendlichen „Kavalier" etwa 5000 Mark Zeche gemacht hatte. Als Margot eines Tages eine Zeche von 420 Mark nicht begleichen konnte, soll sie den Pelz, den sie selbst aus der Versatzabteilung der Pfandleihe genommen habe, an den Kellner verkauft haben, während sie selbst behauptet, daß sie ihn nur „weiterversetzt" habe. Der Angeklagte wurde auf Kosten der Staatskasse freigesprochen, da das Gericht der Ansicht war, daß ein derartig moralisch verdorbenes Mädchen, das u. a. in einem Hippodrom täglich etwa 100 aus der väterlichen Kasse gestohlene Mark für ein Reitpferd ausgab, keinen Glauben verdiene.

§ **Zum Tode verurteilt.** Der Arbeiter Paul Wisse, der während der Kapptage als Mitglied der Einwohnerwehr von Halle a. S. den Fabrikanten Kamp erschoß, wurde vom Schwurgericht in Halle zum Tode verurteilt.

§ **Diva und Chauffeur.** Vor einem Mailänder Gericht spielte sich ein Sensationsprozeß ab, dessen Heldin Luisa Tetrazzini, eine der berühmtesten Sängerinnen Italiens, war. Die ziemlich betagte Dame soll mit ihrem Chauffeur ein sehr intimes Liebesverhältnis gehabt haben und wurde nun von der jungen Frau des Chauffeurs auf „Schadenersatz" verklagt. Die Klage wurde jedoch abgewiesen, weil sie von der Klägerin zu spät erhoben worden war. Der Chauffeur hatte seiner Frau „von seinen Ersparnissen" 180 000 Lire geben wollen, die gekränkte Gattin forderte jedoch 600 000 Frank Schweizer Währung.

Nah und Fern.

○ **„Viktoria Luise" geht wieder in See.** Der Dampfer „Viktoria Luise" der Hamburg—Amerika-Linie, der während des Krieges Hilfskreuzer war, wird auf der Vulkanwerft in Hamburg wieder für den Passagier- und Frachtverkehr eingerichtet. Das Kommando des Dampfers hat der frühere Führer des „Imperator", Kapitän Kier, übernommen. Die Indienststellung des Dampfers, des jetzt größten Schiffes unserer Handelsflotte, wird im nächsten Frühjahr erfolgen.

○ **Riesiger Kaffeeschmuggel.** Nach Meldungen von der holländischen Grenze werden täglich zwischen Venlo und Kirchrath mindestens 50 000 Pfund Kaffee durch den Schmuggelhandel nach dem Rheinland unverzollt eingeführt. Karawanen können ohne weiteres die Grenze passieren, denn die Zollbeamten kümmern sich überhaupt nicht mehr um den Schmuggel. Für die Kaffeeröstereien in Holland blüht jetzt das Geschäft. Sie arbeiten Tag und Nacht für die nach der deutschen Grenze bestimmten Lieferungen.

○ **Beabsichtigte Verschiebung von zwei Millionen Gewehren.** Wie aus Berlin gemeldet wird, ist vor einigen Tagen gegen den aus dem Ablon-Prozeß bekannten Erbprinzen Gottfried v. Hohenlohe-Langenburg, einen Rittmeister v. Unruh und Oberleutnant Tölz bei der Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen einer beabsichtigten Verschiebung von zwei Millionen deutscher Gewehre in Holland anhängig gemacht worden. Die drei wurden verhaftet, dann aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Gewehre stammen aus dem Kriege, als einzelne deutsche Truppenteile auf holländisches Gebiet übertraten und als beim Rückzug der Armeen beim Durchzug der Flandernarmeen große Waffenmengen beschlagnahmt wurden.

○ **Jahrbuch des Bundes der Asienkämpfer.** Der Bund der Asienkämpfer beabsichtigt, zum Weihnachtsfeste ein Jahrbuch herauszugeben, das eine Reihe von wertvollen Aufsätzen über den Orient aus der Feder von Kennern, meist solchen, die während des Krieges dort gearbeitet haben, enthalten wird. Das Buch wird mit guten Bildern auf Kunstdruckpapier ausgestattet sein. Der Preis wird sich auf zehn Mark belaufen. Bei der heutigen Lage im Druckereigewerbe ist jedoch die Herausgabe nur möglich, wenn eine möglichst große Anzahl von Exemplaren vorausbestellt wird. Diese Vorausbestellungen sind zu richten an den Bund der Asienkämpfer, Berlin-Tempelhof, Gneisenaustraße 5.

⊙ **Einbruch in Schloß Escheberg.** Eine Räuberbande drang in das durch seine Kunstschätze bekannte Schloß Escheberg der alten hessischen Familie Malsburg ein und raubte den gesamten Silberschatz, der von ganzen Generationen dieser Familie aufgehäuft worden war und einen hohen Wert darstellte. Auch eine Sammlung seltener hessischer Münzen wurde gestohlen. Die Verfolgung der Täter blieb ergebnislos.

⊙ **Hertlings „Erinnerungen".** Von den Erinnerungen aus dem Leben des Reichskanzlers Georg von Hertling, die der Sohn des Verstorbenen herausgibt, erscheint jetzt der zweite Band. Er umfaßt die Zeit der letzten Amtsperiode des Fürsten Bismarck, vom Abbau der Kulturkampfgesetze bis zur Jahrhundertwende.

⊙ **Millionenschwindel mit „Bermont-Geld".** Dem in Stralsund stationierten Reichswasserschutz ist es gelungen, einen Millionenschwindel mit sogenanntem „Bermont-Geld", das nach dem Ausland geschmuggelt werden sollte, aufzudecken. Als General Bermont und die deutschen Baltikumkämpfer gegen die Bolschewisten kämpften, wurde in den betreffenden Gebieten Rußlands besonderes Papiergeld verausgabt. Da die Einlösung dieses Geldes durch das Deutsche Reich erfolgen sollte, wäre durch den Geldschmuggel das Reich schwer geschädigt worden, denn man fand mehrere Kisten mit erst nachträglich gedrucktem Bermont-Geld. An der Schwindelaffäre sollen sehr hohe Personen, wahrscheinlich auch Personen in amtlichen Stellen, beteiligt sein. Verhaftet wurden bisher der ehemalige Oberstabsarzt Dr. Baumann, der in der „Eisernen Division" gestanden hat, und ein Baltikumkämpfer namens Behrens.

⊙ **Schiffsschiebung.** Dem Reichswasserausschuß für die obere Oder in Stettin glückte es, einen größeren Schlepper, der nach Holland verschoben werden sollte, zu beschlagnahmen, als er gerade Swinemünde verlassen hatte. Der Staatsanwalt hat die Beschlagnahme des Schiffes bestätigt, und der Reichsbeauftragte für Überwachung der Aus- und Einfuhr hat das Schiff zugunsten des Reiches für verfallen erklärt.

⊙ **Auf der Wohnungssuche.** Aus Rom wird gemeldet: Infolge von Gerüchten, daß zwei Klöster fast leer ständen, zogen Wohnungslose nach diesen Klöstern, um sie zu besetzen; die Polizei schritt ein und hinderte sie daran.

⊙ **Banknotenfälschungen unmöglich.** Die Arbeit der Banknotenfälscher wird durch eine Erfindung erschwert werden, die in Prag gemacht und von der tschecho-slowakischen Regierung erworben worden ist. Sie besteht darin, daß dem Banknotenpapier Eisen- und Nickelblättchen beigemengt werden. Die aus solchem Papier hergestellten Banknoten werden infolgedessen von einem Magneten angezogen, wodurch ihre Echtheit leicht überprüft werden kann. Da die Prüfung der Metallblättchen während der Papierfabrikation erfolgen muß und nicht anzunehmen ist, daß sich Banknotenfälscher die Einrichtung einer Papierfabrik leisten werden, gibt das Mittel einen beinahe sicheren Schutz gegen Fälschungen.

⊙ **Steuerwahnsinn.** In Königsberg i. Pr. ist bei der Stadtverordneten ein Steuerfieber ausgebrochen, das die bedenklichsten Erscheinungen zeitigt. So beschlossen die Stadtverordneten, außer einer beträchtlichen Erhöhung der bereits bestehenden Steuern die Einführung folgender neuer Steuern: 1. der Viehsteuer, und zwar für das Reit- oder Rennpferd eine Steuer von 500 Mark, für ein anderes Pferd 100 Mark, ein Rind 120 Mark, ein Schwein 80 Mark, ein Schaf oder eine Ziege 40 Mark; 2. einer Wagensteuer von 200 Mark für gewöhnliche und von 600 Mark für Luxuswagen. Dazu kommt 3. noch eine 10 %ige Personenfahrsteuer, worüber der Kutscher Buch führen muß; 4. eine 10 %ige Wohnsteuer für vorübergehend in Hotels usw. Wohnende; 5. eine Hausangestelltensteuer, die beim ersten Hausangestellten 100 Mark, beim zweiten 300 Mark, für jeden weiteren 500 Mark beträgt, und endlich eine Gemeinde-Einkommensteuer, welche die von der Reichseinkommensteuer nicht betroffenen Einkommensteuern erfaßt unter Freilassung von Einkommen bis 4500 Mark. — Die Ziegenbesteuerung zeugt von besonderem volkswirtschaftlichen Weitblick.

⊙ **Explosion eines Munitionsschiffes.** Auf der Höhe von Stein, außerhalb des Kieler Hafens, ist der Dampfer „Friedrichsort" vom Munitionsdepot in Dietrichsdorf durch Explosion gesunken. Der Dampfer war mit alter Munition beladen, die in See versenkt werden sollte. Vier Mann wurden getötet. Die übrige Besatzung, die ins Wasser gesprungen war, wurde, zum Teil verletzt, von einem Torpedoboot aufgenommen.

⊙ **Der Todeskandidat auf Freiersfüßen.** Kürzlich wurde berichtet, daß der berühmte französische Dichter Anatole France im Sterben liege. Jetzt wird gemeldet, daß er sich von seiner Krankheit vollkommen erholt habe und sich im Laufe des Monats Oktober zu verheiraten gedenke. Der zu neuem Leben erwachte Heiratskandidat ist, beiläufig bemerkt, fast achtzig Jahre alt.

⊙ **Auf dem Luftweg nach dem Südpol.** Vor einigen Tagen ist von London eine Gesellschaft aufgebrochen, die eine Entdeckungsreise nach dem Südpol unternimmt. Sie besteht aus fünf Mitgliedern und wird von Core geführt, der bereits an der Forschungsfahrt Shackletons teilgenommen hat. Die Dauer der neuen Fahrt soll sieben Jahre betragen. Man will versuchen, den Südpol auf dem Luftwege zu erreichen.

⊙ **Sowjetgold.** Wie die „Times" melden, haben verschiedene schwedische Handelshäuser, die von Sowjetrußland Gold in Zahlung genommen hatten, festgestellt, daß das Gold Bismut und andere Legierungen enthielt, so daß der Wert um 18 % vermindert ist.

⊙ **Die Eisenbahnunfälle der Präsidentschaftskandidaten.** Kürzlich wurde aus Newyork gemeldet, daß der Sonderzug des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Cox zertrümmert worden, den Insassen aber nichts geschehen sei. Jetzt kommt der republikanische Gegenkandidat Harding mit der gleichen Barnumreklame. Auch er wäre bei einer Eisenbahnkatastrophe beinahe in Stücke gegangen. Dem sozialistischen Präsidentschaftskandidaten Debs kann ein solches Malheur vorläufig nicht passieren: er sitzt nämlich noch im Zuchthause.

Wilson, der Autokrat.

Ein Urteil des amerikanischen Senators Lodge

Der bekannte amerikanische Senator Henry Cabot Lodge der sich schon oft durch seine Opposition gegen Wilson hervorgetan hat, richtete kürzlich wieder gegen den Präsidenten scharfe Angriffe, die wohl wert sind, auch außerhalb Amerikas beachtet zu werden.

Wilson, sagte er, hat solch eine Schreckensherrschaft eingerichtet, daß der Senat und das Repräsentantenhaus ziemlich ausgeschaltet sind. Im Kriegsamt und in der Marine herrscht völliger Nepotismus, und Offiziere, die bei Wilsons Sekretären nicht beliebt sind, werden beiseite geschoben. General Burnett, ein Marinekommandeur aus der Kriegszeit, wurde kurzerhand zur Disposition gestellt. Theodor Roosevelt durfte seine Division Freiwillige trotz Genehmigung des Kongresses nicht aufstellen. Der älteste Generalmajor Edwards ist immer noch nicht befördert und kürzlich ist ihm das Kommando entzogen worden, und andere Fälle mehr. Die Regierung muß wieder zu ihren konstitutionellen Formen zurückgeführt werden. Die Methode, die Wilson eingeführt hat, stehe im Widerspruch zu den Grundsätzen des amerikanischen Volkes. Wilson hat an Stelle der Konstitution die Autokratie gesetzt. Er handelt genau wie seinerzeit der dritte Napoleon, nachdem er durch eine unkontrollierte Abstimmung ohne Mitwirkung der gesetzgebenden Faktoren gewählt war.

Den Völkerbund, führte Lodge aus, konnte Wilson ohne Hilfe des Senats nicht zustande bringen, aber er gab sich alle Mühe, diese wichtige Körperschaft auszuschalten. Der Hauptfehler war, daß der Gedanke des Völkerbundes mit dem allgemein gewünschten Friedensschluß mit Deutschland verquickt wurde. Der Völkerbund, der die Nation für alle Ewigkeit festlegte, mußte gesondert behandelt werden! Oberst House hat neulich ausgesprochen, wenn man den Richtlinien des Senats gefolgt wäre, so hätte man mit Deutschland sofort nach dem Waffenstillstand verhandelt, und der Friede wäre zu Weihnachten fertig gewesen! Statt dessen klebte man den Völkerbund daran, und der Friedensschluß wurde in Paris bis Ende Juni verschleppt, so daß er den amerikanischen Senat erst am 10. Juli 1919 erreichte. Der Völkerbund stellte sich bei der Nachprüfung für Amerika als so bedenklich heraus, daß daran die Ratifikation des Friedensschlusses mit Deutschland scheitern mußte. Die Mehrheit des Senats strebte infolgedessen nach Abänderungen, und der Friede ist jetzt noch nicht ratifiziert!

Noch in anderer Hinsicht hat Wilson autokratische Methoden eingeschlagen. Im Verkehr mit fremden Nationen bediente er sich persönlicher Agenten, die kein Amt bekleiden und dem Senat nicht unterstehen. Es ist ein Mißbrauch ungeklärter Macht, die direkte Methode eines Selbstherrschers, nicht eines konstitutionellen Beamten. Dazu kommt eine wilde Extravaganz und rücksichtslose Geldverschwendung. Das Volk war bereit, Opfer zu bringen für den Sieg, aber die Verschwendung jetzt geht über alle Begriffe.

Es ist ein vernichtendes Urteil, das der Senator über die napoleonischen Manieren des Präsidenten fällt, den man früher so hoch verehrt und noch während des Krieges zum zweiten Male zum höchsten Beamten Amerikas berief. Viele denken jetzt in Amerika so, leider für und zu spät. Hätte man keine Gelegenheit gehabt, den leitenden Mann Amerikas richtig einzuschätzen, ehe das Volk in den Krieg ging, und warum erhob sich keiner, als die berühmten 14 Punkte von der Bildfläche verschwanden? *M.*

Die kommende Fleischwirtschaft.

Berlin, 1. Oktober.

Mit dem heutigen Tage ist die Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch aufgehoben. Damit ist der Handel mit diesen Waren im Inlande völlig frei. Ferner fällt für die Auslandsware die bisherige Zentralisation der Einfuhr durch die Reichsfleischstelle oder Reichsfettstelle fort, und die Einfuhr wird in die Hände des legitimen Handels zurückgelegt. Bei der schlechten Finanzlage des Reiches ist jedoch eine unbeschränkte Einfuhr vor der Hand noch nicht möglich. Es werden daher von der Reichsregierung für die verschiedenen Waren monatliche Einfuhrmengen festgesetzt, die nicht überschritten werden dürfen. Die Erteilung der Einfuhrgenehmigung sowie die Verteilung der Mengen liegt einem Selbstverwaltungskörper ob — dem Überwachungsausschuß für die Einfuhr von Schlachtvieh, Fleisch, Fleischwaren und Schmalz (Überwachungsausschuß für Fleischeinfuhr) — in dem vertreten sind: das Fleischergewerbe, die Fleischwaren-Industrie, die Konsumvereins-Organisationen, der Speckeinfuhr-Handel, der Viehhandel. Ferner haben in dem Ausschuß Sitz und Stimme zwei Vertreter der Arbeitnehmer. Das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, das Finanzministerium und das Wirtschaftsministerium entsenden gleichfalls einen Kommissar in den Ausschuß.

Die Geschäftsstelle des Überwachungsausschusses befindet sich in Berlin, Mohrenstr. 51 (Telegrammadresse „Auslandsfleisch"). Bei dieser Geschäftsstelle sind einzureichen: Einfuhranträge für Schlachtvieh, Fleisch und Gefrierfleisch, Pökelfleisch, Speck, Corned beef, Schmalz, Rind- und Hammelfette. Innereien aller Art und Därme sind einfuhrfrei. Einfuhrberechtigt sind alle Firmen, die für die beantragten Waren Handelserlaubnis besitzen. Nummer und Datum der Erlaubnis müssen bei Einreichung des ersten Antrages angegeben werden. Ferner können auch Kommunalverbänden und industriellen Werken Einfuhrgenehmigungen für den Selbstbedarf erteilt werden. Der Überwachungsausschuß selbst darf Einfuhrgeschäfte nicht machen. Für die Erteilung der Einfuhrgenehmigung wird eine Gebühr von ½ % vom Werte der genehmigten Menge erhoben. Da der neue Selbstverwaltungskörper auf gemeinnütziger Grundlage aufgebaut ist, werden Gewinne irgendwelcher Art nicht erstrebt. Bei Auflösung des Ausschusses werden etwaige Überschüsse an das Reich abgeführt. Die Einfuhrgenehmigungen haben eine Gültigkeitsdauer von einem Monat und sind nicht übertragbar; verfallene Einfuhrgenehmigungen können erneut eingereicht werden.

Das unsterbliche Trinkgeld.

München, 30. September.

Wieder einmal wurde durch den hier tagenden Verwaltungsrat des Verbandes deutscher Hotelbesitzervereine die leidige Trinkgeldfrage erörtert. Bekanntlich hat das Hin und Her in dieser Angelegenheit dazu geführt, daß wohl angeblich das Trinkgeld abgelöst, d. h. durch einen Aufschlag auf die Rechnung ersetzt, aber nachher wieder vielfach genommen wurde. Der Gast ist so in die Zwangslage versetzt, statt endlich von der fast unsittlichen Trinkgeldverabreichung befreit zu sein, sich nunmehr doppelt schröpfen lassen zu müssen.

Nach einem Referat des Syndikus Schmidt vom Rheinischen Hotelbesitzerverband haben die zahlreichen Versuche, die unternommen wurden, um das Trinkgeld durch feste Löhne oder Beteiligung am Umsatz abzulösen, nicht den erwarteten Erfolg gehabt. Es ist durch zahlreiche Sprüche von Schlichtungsausschüssen und Demobilmachungskommissaren festgestellt worden, daß die Ablösung des Trinkgeldes praktisch sich nicht durchführen lasse. Einheitlich geregelt wurde die Frage überhaupt nicht, in manchen Städten machte man erst gar keinen Versuch, die eingewurzelte Unsitte abzuschaffen. Trotz aller Verbote wird das Trinkgeld weiter gefordert, angenommen und gegeben. Es werden den Angestellten neben ihren durch die Verträge gesicherten festen Bezügen Nebeneinnahmen geschaffen, die sich in unzähligen Fällen auf über 1000 Mark im Monat belaufen. Es ist von einem Schlichtungsausschuß festgestellt worden, daß eine Reihe von Oberkellnern mit Trinkgeldeinnahmen neben freier Kost und freier Wohnung ein Einkommen von über 5000 Mark im Monat hatten. Eine Verhandlung vor einem Ausschuß ergab, daß ein 16jähriger Junge, der als Kuchenverkäufer in einem Café beschäftigt war, sich in drei Monaten 5000 Mark ersparen konnte. Diese Zustände sind unhaltbar geworden, weil das übrige Personal der Hotels und Gaststätten mit seinem Einkommen weit hinter den Trinkgeldempfängern zurückbleibt.

In der Versammlung wurde der Plan vorgelegt, unbilligen, nicht im Verhältnis zu den Leistungen stehenden Einkommen der Bediensteten durch eine neue Regelung auf das Maß zurückzuführen, das allen Teilen gerecht zu werden verspricht. Es soll nicht der Fehler wieder gemacht werden, daß die Entlohnung völlig auf das Trinkgeld abgewälzt wird, sondern es wird als Mittelweg vorgeschlagen, neben freier Verpflegung und Wohnung einen festen Monatslohn zu zahlen, im übrigen aber zu dem früheren Modus zurückzukehren, Zahlung von Trinkgeld den Gästen zu überlassen. Eine in diesem Sinne lautende Resolution wurde angenommen.

Es ist das natürlich einer der schlechtesten Auswege, die gefunden werden können, der nichts anderes bedeutet, als die Rückkehr zu den früheren Zuständen. Sehr zweifelhaft ist es zunächst, ob die Trinkgeldempfänger sich auf die Rückschraubung ihrer Gehälter, die doch mit der Änderung verbunden wäre, ohne schwere Kämpfe einlassen würden. Aber davon abgesehen, kann man unmöglich eine Reformbewegung dadurch erledigen, daß man die verrotteten Verhältnisse wiederherstellt, denen man zu entrinnen suchte. Vielmehr ist es Pflicht der Beteiligten, sowohl der Wirte wie der Organisationen der Kellner usw., endlich den dunklen Punkt mit allen Mitteln abzuwaschen. Das sollte schon die einfachste Rücksicht auf die Berufsehre gebieten.

Selbstverständlich liegen auch Sünden des Publikums vor, das aus Großtuerei oder aus dem Bestreben, sich persönliche Bevorzugungen zu verschaffen, immer wieder die widrige Gepflogenheit des Trinkgeldes aufrechterhält.

Vermischtes.

Die hessischen Totenfahnen. Wenn früher ein hessischer Fürst starb, wurde auf Staatskosten eine sogenannte Totenfahne angefertigt, die aus schwarzem Leinen bestand und auf der einen Seite den hessischen Löwen, auf der anderen einen kurzen Lebensabriß des verstorbenen Fürsten zeigte. Diese Fahne wurde dem Leichenzug vorangetragen und später im Chor der St. Martinskirche in Kassel ausgehängt. Vor etwa dreißig Jahren verschwanden die Totenfahnen und verstaubten seitdem in der Fürstengruft neben den Särgen. Jetzt beschloß man, diese Fahnen wieder wie früher in der Kirche auszuhängen. Die letzte der Totenfahnen wurde dem Trauerzug für den 1866 entthronten letzten Kurfürsten von Hessen, der im Jahre 1875 starb, vorangetragen.

Eingesandt.

In Nr. 230 Ihres Blattes wurde das Publikum dringend um sparsamen Gasverbrauch ermahnt und wenn kein Zurückgang des Gaskonsums eintritt mit Sperrstunden, die doch noch immer bei uns in Warmbrunn bestehen gedroht.

Ich glaube kaum, daß diese Ermahnung sehr notwendig war, denn bei dem teuren Gaspreise wird wohl niemand unnötig Gas verbrauchen. Es wäre aber doch wissenswert, warum etliche Straßenlampen schon am hellerlichten Tage angezündet werden. Haben diese Lampen mit der Gasersparnis nichts zu tun? Merkwürdigerweise leuchten sie bei hellem Mondenschein so hell und bei stockfinsterer Witterung sind die Lampen auf den Sparsamkeitserlaß eingestellt und brennen garnicht.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch die ganz miserable Qualität des Gases besprechen. Für den hohen Satz kann das Publikum wohl einwandfreies Gas beanspruchen.

Ein Gaskonsument.

Hochmoderne **Damen-Kleidung**

— nach Maß — garantiert Sitz — schnelle Lieferung —
Bluse 15, Rock 20, Kleid 40, Kostüm 75 Mk.

Zur Selbstanfertigung
liefere **Ullstein**-Schnittmuster, eigene **Mass**-Schnitte schneide auf Wunsch jeden — auch alten — Stoff zu und hefte bis zur Anprobe. Jeden Montag, Mittwoch und Freitag 6—½8 Uhr Anleitung im Schnittanfertigen und Zuschneiden (auch für Anfänger). Eintritt jederzeit.

Mode-Atelier „Jahnke"
Cunnersdorf i. Rsgb.,
Warmbrunnerstraße 2 c. Haltestelle „Post",

Zentral Heizungen
Verwendung von Braunkohlen u. minderwertig. Brennmaterial / Bei Koksfeuerung bedeutende Ersparnis an Brennmaterialien durch unsere **Einsatzvorrichtung** D.R.P.a. Vollkommenere Ausnutzung, sowie fast rauchlose Verbrennung. / Einfache Montage - für jed. Kesseltyp - ohne Betriebsstörung.
E. Book & Co., Zentral-Heizungs- und Lüftungsanlagen
Breslau 16, Schulgasse 17 • Fernruf Ring 7016
Reparaturen und Umbau unwirtschaftlicher und veralteter Anlagen in bester Ausführung unter Ingenieuraufsicht und billigster Berechnung.

Ia. Rauchtabak,
gar. reiner Uebersee-Mittelschnitt per Pfd. Mk. 22. —

Zigarettentabak,
goldgelbe, langfas. Ware, in 50-Gr.-Paketen, zum Preise von Mk. 7,50, 8.— u. 8,50 pro Paket. Sämtliche Preise einschl. Steuer. Verpack. frei. Qualitätsgarantie Zurücknah. Versand in Postpaketen nicht unter 8 Pfd. bezw. 50 Pak. per Nachnahme. Bei größ. Abnahme Spezialofferte
August Renkel,
Tabakfabrikate,

Ängstlichen Frauen
Hilfe und Rettung
bei Regel-Störungen und Stockungen d. mein. wirksames Spezialmittel. Ich übertreibe nicht, sondern helfe. Zahlreiche herzliche Dankschreiben bezeugen, dass schon **Erfolg** in 2—3 Tag.
Vollkommen unschädlich, Garantie in jedem Fall. Diskreter Versand. Wenn sonst nichts geholfen, fassen Sie noch einmal Mut. Teilen Sie mir genau mit, wie lange Sie zu klagen haben.
Beachten Sie Adresse:
A. Schlieaz, Hamburg 1, Ausgabe D. 97.

Bekanntmachungen.

1. Entwaffnung der Bevölkerung.

Die Ablieferungsstelle für Militärwaffen und Munition ist werktäglich von 11—1 Uhr mittags in Voigtsdorferstraße 21, bei Herrn Schmiedemeister Schmidt geöffnet. Die Insassen der Gutsbezirke haben gleichfalls ihre Waffen pp. dorthin abzuliefern.

Hinsichtlich der Waffensammlungen hat der Herr Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung folgende Entscheidung getroffen:

Soweit es sich um Waffensammlungen von Privatorganisationen, Firmen oder einzelnen Personen handelt, unterliegen alle Waffen und Munitionsarten wie sie in den Ausführungsbestimmungen zum Entwaffnungsgesetz aufgezählt sind, der Ablieferung, es sei denn, daß sie sich in einem Zustunde befinden, der ihre Verwendungsfähigkeit als Waffe oder Munition für die Dauer ausschließt.

2. Beseitigung von Raupenfraß.

Eigentümer, Pächter und Nutzungsberechtigte von Obstbäumen werden auf Veranlaßung des Herrn Landrats darauf hingewiesen, daß es sich dringend empfiehlt, die Obstbäume zum Schutze gegen Raupenfraß jährlich im Oktober mit Leimringen zu versehen, und, soweit die Rinde nicht glatt ist, vor Eintritt des Winters mit der Baumscharre abzuputzen und zu kalken.

3. Versorgung mit elektr. Kraft.

Wegen unaufschiebbarer Arbeiten an den Hochspannungsleitungen muß am 3. Oktober sowie am 10. Oktober die Stromlieferung seitens des Elektrizitätswerkes des Provinzialverbandes von Schlesien, von vormittags 7 Uhr bis nachmittags 4 Uhr unterbrochen werden.

Die Gefahr bei Berührung von Hochspannungsleitungen bleibt bestehen.

4. Bezugscheine auf Kleidungsstücke (Kommunalware)

und zwar auf Trikotunterhosen zum Preise von 11,50 Mk sind für Minderbemittelte im Zimmer 4 des Gemeindeamts noch vorrätig. Anträge sind bald zu stellen. Die Scheine können nur noch bis 30. d. Mts. in den daraufbezeichneten Verkaufsstellen umgesetzt werden.

5. Brotkarten- usw. Ausgabe.

Die Ausgabe der Brot- und Fettkarten für die nächsten 4 Wochen, vom 11. Oktober ab gerechnet, erfolgt in nachstehender Reihenfolge:

Mittwoch, den 6. Oktober 1920

1—125 von 8—9 Uhr vormittags
126—250 „ 9—10 „ „
251—375 „ 10—11 „ „
376—500 „ 11—12 „ „

Donnerstag, den 7. Oktober 1920

501—625 von 8—9 Uhr vormittags
626—750 „ 9—10 „ „
751—875 „ 10—11 „ „
876—1000 „ 11—12 „ „

Freitag, den 8. Oktober 1920

1001—1125 von 8—9 Uhr vormittags
1126—1250 „ 9—10 „ „
1251—1375 „ 10—11 „ „
1376—Ende u. Gutsbezirk „ 11—12 „ „

Die Aushändigung erfolgt nur gegen Abgabe der Stammscheine und Vorlegung der Haushaltungskarten. Unstimmigkeiten in der Personenzahl sind auf der Haushaltungskarte spätestens bei der Ausgabe zu beseitigen.

Wenn von einer Person für mehrere Haushaltungen die Lebensmittelkarten abgeholt werden, so sind die Stammscheine mit den zugehörigen Haushaltungskarten für jede Haushaltung zusammengesteckt dem ausgebenden Beamten zu überreichen.

Kinder werden nicht abgefertigt.

Die festgesetzten Zeiten sind pünktlichst innezuhalten, andernfalls Säumige ausnahmslos erst am Dienstag, den 12. Oktober, vormittags, abgefertigt werden können.

Die Karten sind sofort an der Ausgabestelle nachzuzählen. Das sorgsame Aufbewahren wird dringend angeraten. Ersatz bei Verlust wird grundsätzlich nicht gewährt.

7. Fortbildungsschulpflicht.

Unter Beziehung auf die Bekanntmachung vom 29. 9. 1920 wird hiermit die Verpflichtung zur Anmeldung der schulpflichtigen jungen Leute im Alter von 14—18 Jahren in Erinnerung gebracht. Als letzte Frist wird der 4. d. M. bestimmt.

6. Erhöhung des Schulgeldes f. d. gewerbl. Fortbildungsschule.

Durch Nachtrag vom 19. März 1920 ist der § 4 des Ortsstatuts betr. die gewerbliche Forbildungsschule dahin abgeändert worden, daß für jeden Schüler ein Beitrag von halbjährlich 4 Mk. im voraus an die Kasse der Fortbildungsschule zu entrichten ist.

Warmbrunn, den 2. Oktober 1920.

Der Gemeindevorsteher.
Neugebauer.

Reichsvereinigung ehemal. Kriegsgefangener
Ortsgruppe Warmbrunn-Herischdorf.
Dienstag, den 5. Okt., abends 8 Uhr:
Haupt-Versammlung
bei Köster **im Restaurant „Fürst Bismarck".**
Vollzähliges Erscheinen Ehrensache! Aufnahme neuer Mitglieder.
Der Vorstand.

Ziegenzuchtverein
Ortsgr. Warmbrunn-Herischdf.
Mitglieder-Versammlung
jeden Mittwoch nach dem Monatsersten im Gasthaus „Zur Post", Warmbrunn.
Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Welt-Panorama
Filiale Passage Berlin.
(Preisgekröntes Kunstinstitut.)
Warmbrunn.
Ziethenstraße 11.
Diese Woche:
Das Riesengebirge
mit Adersbach u. Weckelsdorf
täglich geöffnet v. 4—10 Uhr.

Habe meine
Praxis
wieder aufgenommen.
Bezirks-Hebamme
Monzel.

Ein grauer garnierter
Damenfilzhut und 1 weisser Strohhut
billig zu verkaufen.
Herischdorf, Postweg 1.

---

2 Paar noch gut erhaltene
Damen-Schuhe
(Größe 36)
zu verkaufen.
Herischdorf, Alte Straße 4.

---

1 Gaslampe,
1 Gartentisch,
2 Gartenbänke
zu verkaufen.
Hermsdorferstraße 16 1.

Katholische
Wirtschafterin
zum baldigen Antritt **gesucht.**
Angebote mit Bild und Ang. der Familienverhältnisse und Gehaltsansprüche an
Pfarrei Albendorf,
Krs. Landeshut.

Alte silberne Löffel
zerbrochene Silbersachen, alte
Goldsachen kauft
E. Lachmich,
Hirschberg, Bahnhofstr. 16.

Guterhaltener
Militärrock
mit hohem Kragen
(wenn möglich schon umgearbeitet)
zu kaufen gesucht.
Angebote mit Preis unter E. C. an die Geschäftsst. d. Ztg.

Guterhaltener
Kinderwagen
(mit Gummibereifung)
zu kaufen gesucht.
Angebote mit Preis unter A. C. an die Geschäftsst. d. Ztg.

Hiensong-Essenz,
zu **22** Mk. p. Dutzend, **Jerusalemer Balsam** von **18** Mk. p. Dtzd. an, **Pomeranzen-Essenz** zu **33** Mk. p. Dutzend und andere Spezialitäten liefert in bester Friedensqualität an Wiederverkäufer. **Muster m. Preisliste gegen Nachnahme.**
Pharmazeutische Fabrik, Neisse i. Schl., Apotheker Scheyer & Co.

Metallbetten,
Stahldrahtmatratzen, Kinderbetten, Polster an Jedermann. Katalog frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl i. Thür.

Damenhüte, Herrenhüte
preßt auf neueste Formen um
A. Werner,
Schlossplatz, Ecke Hermsdorferstrasse.

Inserieren bringt Gewinn.

Brauerei Warmbrunn.

Mittwoch, den 6. Oktober: **Gr. Kirmesfeier**
Konzert — Ball — Belustigung aller Art.

Sonntag, den 10. Oktober: **Nachkirmes.**

Achtung! Achtung!
Zitherklub „Alpenklänge"
will wieder seine **Uebungsabende aufnehmen.**
Damen und Herren, die Zither, Mandoline, Guittarre — oder Geige spielen, sind herzlich willkommen. —
Auch Freunde und Gönner der : Zithermusik sind eingeladen. :
Aufnahmeversammlung **Dienstag, den 5. Oktober,** abends 8 Uhr, im **Gasthof Deutsches Haus, Warmbrunn.**

Solide Preise! — Größte Pünktlichkeit!
Jetzt ist es Zeit
Ihre
Herbst- und Winter-Garderobe
zu
zum
Reinigen u. Färben
zu geben; desgl. Decken, Stoffe, Gardinen, Portieren, Teppiche usw.
Aufträge nimmt ohne Mehrkosten entgegen:
Tadellose Arbeit!
W. Kelling
A. Werner,
Damenputz und Modeartikel,
Warmbrunn, Schloßplatz, Ecke Hermsdorferstraße 1.

Hermann Korthäuer,
Warmbrunn, Neumarkt 5
Annahmestelle für chem. Reinigung u. Färberei.

Umfärben feldgrauer Uniform-Stücke
zur Weiterverwendung als
Zivilkleidung
sowie jede andere Art von Kleidungsstücken ausser Schleier-Geweben, dünner Seide u. Kunstseide, für moderne
Schnellfärberei.
Billigste Preise.